



Wortprotokoll

der 5. Sitzung vom 22. März 1974

Resoconto integrale

della seduta n. 5 del 22 marzo 1974

VII. Legislatur
VII Legislatura
1973 - 1978

SEDUTA **5.** SITZUNG

22.3.1974

INDICE

Discussione sul programma di coalizione, presentato dalla Giunta provinciale

INHALTSANGABE

Diskussion über das von der Landesregierung vorgelegte Koalitionsprogramm

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:
VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

Dr. Karl VAJA

ORE 15.30 UHR

(Appello nominale — Namensaufruf)

PRÄSIDENT: Ich erkläre die Sitzung als eröffnet und ersuche um die Verlesung des Protokolls.

GOUTHIER (Segretario — P.C.I.): *(Legge il processo verbale — Verliest das Sitzungsprotokoll).*

PRÄSIDENT: Remerkungen zum Protokoll? Keine. Das Protokoll ist genehmigt. Ich möchte dem Landtag mitteilen, daß die Fraktion der Kommunistischen Partei Italiens den Abg. Gouthier zu ihrem Gruppensprecher ernannt hat. Il gruppo del Partito Comunista Italiano ha nominato come capogruppo il consigliere Anselmo Gouthier.

Wir fahren in der Generaldebatte über die Regierungserklärungen des Landeshauptmannes fort. Der Abg. Erschbaumer hat das Wort.

ERSCHBAUMER (S.P.S.): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren, werte Kollegen Abgeordnete! Ich werde zum allgemeinen Teil nicht so ausführlich Stellung nehmen wie meine Vordrner von gestern. Mein Parteikollege Abg. Diel wird dazu ausführlicher Stellung nehmen. Die programmatischen Erklärungen der Landesregierung sind, um es kurz zu sagen, vage und oberflächlich. Für die Zielvorstellungen werden kaum konkrete Zahlen angegeben, und über den Einsatz der Mittel werden keine klaren Aussagen gemacht. Der Landeshauptmann erwähnte, daß sich die Landesregierung konstruktiven Beiträgen gegenüber aufgeschlossen zeigen wird. Wir werden sehen, ob man sich in der Praxis an diese Aussage halten wird. Die Sozialdemokratische Partei Südtirols wird daher in aller Offenheit und Klarheit ihren Beitrag leisten.

Es muß vorausgeschickt werden, daß im Bericht viele problematische und gerade auf dem sozialen und arbeitsrechtlichen Gebiet die Dinge vollkommen unzureichend sind. Wenn auch im Bericht von der Gleichstellung der deutschen Sprache die Rede ist, so wirkt das mangelhafte Deutsch, in welchem dieses grundlegende Dokument der Landesregierung abgefaßt wurde, wohl beschämend. Zum schlechten Deutsch, in welchem die programmatischen Erklä-

rungen gemacht wurden, muß noch folgendes gesagt werden. Man hat sich nicht einmal die Mühe genommen, eine deutsche Übersetzung für den Ausdruck „focolari“ zu finden. Als „focolari“ bezeichnet man im Italienischen eine Maßnahme für die Wiedereingliederung von jugendlichen Straftätern und deren Betreuung in einer Wohngemeinschaft. Es bleibt deshalb die Forderung aus dem Wahlprogramm der Sozialdemokratischen Partei Südtirols aufrecht, endlich eine Stelle zu schaffen, die sich mit der Übersetzung der italienischen Fachausdrücke befaßt.

Nicht nur den Oppositionsparteien, sondern auch dem einfachen Bürger wird es schwerfallen, die tatsächliche Tätigkeit der Landesregierung an diesen vagen und ungenauen Erklärungen des Landeshauptmannes zu messen. Nun möchte ich zu einigen Punkten Stellung nehmen.

Obwohl in den programmatischen Erklärungen des Landeshauptmannes auf die Energiekrise hingewiesen wird, fehlen konkrete Maßnahmen auf diesem Gebiet. Die einzige Ausnahme bildet die Erweiterung der Erdgasleitung. Die Sozialdemokratische Partei Südtirols fordert deshalb eine Bestandsaufnahme des gegenwärtigen Energieverbrauchs und die Planung von Maßnahmen, um Energie zu sparen und eventuellen Engpässen vorzubeugen.

Was die Beschäftigungslage anbelangt, so vermischen wir eine eindeutige Verpflichtung, in Zahlen ausgedrückt, der Landesregierung, sich für die Schaffung von Arbeitsplätzen einzusetzen, um eine weitere Abwanderung von Erwerbstätigen zu verhindern und den rückkehrwilligen Auswanderern, auch unter Gewährung von Umzugsbeihilfen, eine Beschäftigung in unserem Lande zu ermöglichen.

Mit der Schaffung von Arbeitsplätzen allein ist es nicht getan. Es braucht auch die entsprechenden Wohnungen und die nötigen sozialen Einrichtungen. Wir kennen ein Beispiel in Lana, wo soziale Einrichtungen geplant sind, niemand jedoch hat Anstalten gemacht, diese zu verwirklichen. Oder will man die der Privatinitiative überlassen? Dasselbe trifft auch für die Wohnungen in jener Industriegegend zu. Von Unternehmern werden große Inserate in die Zeitung geworfen, sie finden natürlich die Fachkräfte, finden für diese jedoch keine Wohnungen. Ein Maklerbüro von Lana hat mir mitgeteilt, daß täglich durchschnittlich fünf Wohnungsnachfragen zu verzeichnen sind. Man kann sich also ausrechnen, wie die Situation derzeit ist.

Seit dem Jahre 1971 haben Arbeitnehmerorganisationen immer wieder in Entschließungen und Reso-

lutionen die Forderung gestellt, es möge ein Assessorat für alle Arbeitnehmerfragen geschaffen werden, welches mit klaren Kompetenzen ausgestattet sein muß. Auch wenn jetzt die Aufteilung der Kompetenzen der einzelnen Landesräte noch nicht offiziell bekannt ist, muß trotzdem die Frage gestellt werden: Wo ist die Erfüllung der Wünsche der Landesregierung geblieben? Im übrigen, wenn sich auch die Zahl der Landesräte erhöht hat, glaube ich, sagen zu dürfen, daß das nicht zum Vorteile der Masse der Südtiroler Bevölkerung, also der Arbeitermassen geschehen ist. Vor den Wahlen hatte man hervorgehoben, daß man unter 21 neuen Kandidaten 15 Arbeitervertreter hätte, und einen hatte man ganz besonders herausgestellt, — heute fehlt dieser auf der Regierungsbank, obwohl es heißt, die Arbeiter würden entsprechend honoriert werden.

In den Aussagen über den Handelssektor fehlen konkrete Maßnahmen, um die unglaublichen Preissteigerungen der letzten Jahre zu bekämpfen. Die Preissteigerung betrifft besonders die kinderreichen Klein- und Bergbauern, die breiteren Schichten der Arbeitnehmer und die sozial Schwächeren wie die Rentner. Die Landesregierung scheint aber für die brennendsten Probleme dieser Bevölkerungsgruppen wenig übrig zu haben. Eine wirksame Maßnahme zur Bekämpfung der Preissteigerung wäre z. B. die eindeutige Verpflichtung zur Unterstützung von Konsumgenossenschaften und Schutz des Konsumenten.

Zum Fremdenverkehr muß die Landesregierung die klare Aussage machen, daß in verschiedenen Orten unseres Landes eine Ausweitung des Fremdenverkehrs nicht mehr tragbar ist. Ausserdem wird die Situation der Saisonarbeiter im Gastgewerbe in keiner Weise erwähnt. Wir sind auch der Ansicht, daß Zuschüsse den Gastbetrieben nur dann gewährt werden dürfen, wenn die Unterkünfte und Sozialeinrichtungen für das Personal den heutigen Anforderungen entsprechen.

Was den geförderten Wohnbau anbelangt, so begrüßen wir die beachtliche Erhöhung der vorgesehenen Mittel. Als schwerwiegend muß hingegen die bereits jetzt sich abzeichnende Verzögerung im geförderten Wohnbau gewertet werden. Ein Beispiel: Wohnbaugenossenschaft Haslach in Bozen: die Wohnungen kosten, ohne voraussichtliche Preissteigerung, 24 Millionen — die monatliche Tilgungsrate liegt bei 120.000 Lire. Und ich als Gewerkschaftler weiß ganz genau, daß es Arbeiter gibt mit einem Grundlohn von 105.000 Lire. Überlegen wir uns, ob da noch von einem sozialen Wohnbau die Rede sein kann. Ich weiß auch von einer Genossenschaft in Meran — ich weiß natürlich von mehreren —, die wohl Zuschüsse von seiten des Landes bekommt,

die aber auch selbst ein Drittel des Kapitals besitzt; den restlichen Betrag muß sie aber noch von irgendwoher kriegen, — von wo? Darüber bekommt man keine Auskunft.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf die Resolution des K.V.W. vom letzten Samstag hinweisen. Da, glaube ich, sind genügend Punkte aufgezeigt, um das Problem noch klarer werden zu lassen.

Die weltweit sich abzeichnende Verteuerung der Energie erzwingt Sparmaßnahmen. Dem muß gerade beim Bau von Wohnungen Rechnungen getragen werden. Durch entsprechende Vorschriften und Unterstützungen kann auf dem Sektor des geförderten Wohnbaues eine energiesparende Bauweise erreicht werden. Durch Förderungsmittel und Gesetzesvorschriften soll der Bau von Heizzentralen für ganze Siedlungen gefördert werden. Da die Wohnbaureform in den kommenden Jahren kaum den Mangel an Wohnungen lindern kann, sind wir besonders über die steigenden Mieten entrüstet, da dadurch gerade die finanzschwachen Schichten, Arbeitnehmer und Rentner, betroffen werden. In vielen Orten trägt besonders der Kauf von Bau und von Wohnungen durch ausländer beachtlich zur Verteuerung bei. Wir von der Sozialdemokratischen Partei Südtirols erachten es als eine Hauptaufgabe der Südtiroler Landesregierung, unser Land nicht nur mit Worten, sondern tatsächlich vor dem Zugriff verantwortungsloser Spekulanten zu bewahren. Dazu ein Beispiel: Eine Genossenschaft in Meran hat im Jahre 1968 einen Grund um 14.000 Lire gekauft; der restliche freie Grund ist im Herbst 1973 um 70.000 Lire verkauft worden. Da muß man sich überlegen, ob das Argument stimmt: „Weil die Personalkosten gestiegen sind“, — hier gab es nämlich keine Personalkosten. Warum man diese Spekulationen überhaupt zuläßt? In diesem Zusammenhang muß jedoch auch gesagt werden — da von vielen führenden S.V.P.-Politikern der Hinweis auf die Gefahr der Assimilierung in den Mund genommen wird —, daß das eine zweite Gefahr der Assimilierung ist, wenn wir von Norden her aufgekauft werden. Auch diesbezüglich muß das Landcswohnbaureformgesetz verbessert werden. Der versteckte Apartmentbau in Form von hotelähnlichen Häusern ist sofort zu unterbinden.

Die Probleme der Jugend werden zwar gestreift, doch die Landesregierung legt sich nicht fest, auf welchem Gebiet die zu errichtenden Betreuungsstellen tätig werden sollen. Das angedeutete Gesetz zur Fürsorge für die psychisch und physisch Behinderten sowie der Bau der Landesnervenheilanstalt müssen vorrangig vorangetrieben werden.

Hinsichtlich der baldigen Verwirklichung der Sanitätsreform müssen Maßnahmen ergriffen werden,

um die im Ausland tätigen Südtiroler Ärzte und das sanitäre Hilfspersonal zur Rückkehr in die Heimat zu bewegen.

Nun zur Schule und zum Bildungswesen. Man spricht zwar von der Notwendigkeit einer Erneuerung der Schule auf allen ihren Sektoren. Wir sind jedoch der Ansicht, daß die vorgesehene Maßnahmen nicht genügen, um das gesetzte Ziel zu erreichen. Es ist z. B. fraglich, ob das Landesgesetz über den Landesschulrat mit den Grundsätzen, die im staatlichen Ermächtigungsgesetz über das Dienstrecht des unterrichtenden und nicht unterrichtenden Personals enthalten sind, übereinstimmt. Besonders muß hier getadelt werden, daß die Gewerkschaftsvertreter des Schulpersonals bei der Ausarbeitung des Gesetzes und der Durchführungsbestimmungen nicht genügend berücksichtigt wurden. Was die verschiedenen Schultypen im einzelnen anbelangt, muß folgendes gesagt werden. Den Kindergärten kommt eine wesentliche Aufgabe in der Verwirklichung der Chancengleichheit zu, besonders was den Abbau der sprachlichen Benachteiligung der Kinder anbelangt. Es wäre deshalb interessant, von der Landesregierung zu erfahren, wieviele Kindergartenplätze sie in den kommenden Jahren zu finanzieren beabsichtigt, — genaue Zahlen und genaue Aussagen sind in dieser programmatischen Erklärung jedoch sehr spärlich.

Was den Pflichtschulbereich der Volks- und Mittelschulen anbelangt, vermissen wir eine eindeutige Verpflichtung der Landesregierung, die entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen, um die Schulverspätung abzubauen. Nach den letzten Daten weisen immerhin dreißig Prozent der Volksschüler und fast fünfundvierzig Prozent der Mittelschüler eine oder mehrere Jahre Schulverspätung auf. Dieser Zustand ist unhaltbar. Auch sind wir der Ansicht, daß das gegenwärtige pädagogische Institut die Anforderungen der Weiterbildung des Lehrpersonals, wie dies vom staatlichen Ermächtigungsgesetz über das Dienstrecht vorgesehene ist, nicht erfüllen kann. Gerade die Lehrerfortbildung und -ausbildung ist jedoch die Voraussetzung für die Erneuerung der Schule in Südtirol und kann nicht einer privaten Initiative oder Institution überlassen werden. Gerade auf dem Schulsektor ist unser Nachholbedarf an ausgebildetem Personal so groß, daß eine wirkliche Verbesserung nur durch die Errichtung einer pädagogischen Hochschule gewährleistet werden kann. Was die höheren Schulen anbelangt, so vermissen wir den Willen der Landesregierung, die auf staatlicher Ebene sich abzeichnende Reform durch entsprechende Studien und Schulversuche einzuleiten. Dem Gesetz über die Schulfürsorge, das nur am Rande erwähnt wird, kommt unserer Ansicht nach eine

große Bedeutung zu, da es dadurch erst möglich wird, Ganztagschule einzuführen und so den Unterricht wesentlich zu verbessern. Was die Erwachsenenbildung anbelangt, fehlt die Verpflichtung der Landesregierung, durch eigene Gesetze und die Bereitstellung entsprechender Mittel die Berufstätigen in die Lage zu versetzen, in ihrer Freizeit und während des von Kollektivverträgen vorgesehene Bildungsurlaubes die fehlenden Studientitel zu erwerben und sich anderweitig fortzubilden. Was die Berufsschule betrifft, schlagen wir vor, daß der Blockunterricht in allen Sparten durchgeführt werden soll: Der Blockunterricht hat sich bereits, in den wenigen Fällen, wo man dazu übergegangen ist, bestens bewährt.

Wir begrüßen die beabsichtigte Gründung einer Provinzbibliothek in Bozen, sind aber der Meinung, daß in allen größeren Orten entsprechende Bibliotheken eingerichtet werden müßten, und die übrigen Orte durch Bibliotheksbusse betreut werden sollen. Wir sind der Auffassung, daß eine erfolgreiche Erwachsenenbildung nur durch ein ausgebautes Bibliothekswesen erreicht werden kann.

Auf dem Gebiete der Information kann unserer Meinung nach vor allem eine von Rom unabhängige Radio- und Fernsehanstalt wesentliches leisten. In diesem Zusammenhang möchte ich auch wieder auf das Wahlprogramm der Sozialdemokratischen Partei Südtirols hinweisen, wo wir ganz klar unsere Vorstellungen den Wählern vorgelegt haben. Die Paket-Regelung ist auch diesbezüglich, wie es in der programmatischen Erklärung heißt, vollkommen ungenügend. Was die periodische Informationsschrift des Landtages und des Landesausschusses betrifft, sind wir der Auffassung, daß eine spärlich erscheinende und an einen beschränkten Personenkreis gerichtete Zeitschrift, auf Glanzpapier und mit Farbdruck, nicht wesentlich dazu beitragen kann, das Pressemonopol der einzigen deutschen Tageszeitung auch nur in bescheidenem Masse zu beeinträchtigen. Da müßte man sich etwas anders einfallen lassen.

Und nun zum Transportwesen. Die gegenwärtige Verteuerung des Treibstoffes trifft in besonderem Masse die Pendler, und zwar vor allem jene, die aus den entlegendsten Berggebieten zur Arbeit fahren. Bei der Unterstützung des Transportwesens müssen deshalb auch Wege gefunden werden, um Fahrgemeinschaften von Pendlern zu unterstützen. Wir erachten es auch als notwendig, daß sich die Landesregierung klar für oder gegen den Bau der Adige-Autobahn äußert, was in den programmatischen Erklärungen nicht der Fall ist.

Durch die Verwendung von Erdgas für private Heizzwecke in den größeren Orten und für die Industrie kann die Luftverschmutzung, die durch Öl-

heizungen hervorgerufen wird, beachtlich eingeschränkt werden. Zum Abschluß möchte ich noch betonen, daß die Sozialdemokratische Partei Südtirols bereit ist, konstruktive Beiträge auf allen Gebieten zu leisten. Und wir hoffen, daß sich der Landesausschuß diesen gegenüber aufgeschlossen zeigen wird, wie es den Erklärungen des Landeshauptmannes zu entnehmen ist. Wir werden aber auch voll die Aufgabe, die der Opposition in einem demokratischen System zukommt, wahrnehmen und die Landesregierung in ihrer Tätigkeit kontrollieren und Kritik an ihren Maßnahmen üben, wenn uns dies notwendig erscheint.

MARTINER (D.C.): Seniëur Präsident, seniëures Cunseliëres, signor Presidente, signori consiglieri, parlo sia nella mia qualità di consigliere facente parte del partito della Democrazia Cristiana, sia come consigliere del gruppo linguistico ladino. In virtù di una lunga battaglia che i ladini hanno condotto negli ultimi anni ed in virtù del nuovo Statuto di autonomia, ci troviamo per la prima volta nella situazione, che un consigliere provinciale ladino si sia dichiarato tale. E' la prima volta, dunque, che nel Consiglio provinciale siede un consigliere ladino effettivo.

Ho letto attentamente la relazione programmatica e non vi ho trovato, come avrei desiderato, un accenno a questo fatto che, almeno per noi ladini, ha importanza e rilievo storico; nella stessa relazione non si accenna alle conseguenze che derivano da questo fatto, e ci sono pure pochi accenni alla politica generale che la Giunta provinciale vuole seguire per quanto riguarda i problemi del gruppo linguistico ladino. L'art. 2 dello Statuto di autonomia sancisce la parità di diritti per tutti i gruppi linguistici. Purtroppo per il gruppo linguistico ladino ciò è vero solo in parte. Auspico perciò, che almeno i diritti previsti dallo Statuto vengano applicati interamente e completamente, e che nessun articolo, nessuna disposizione rimanga lettera morta, come purtroppo è avvenuto in parte con l'art. 87 del precedente Statuto. Voglio ricordare per inciso che già l'ordine del giorno di queste sedute contiene una trascuratezza del gruppo linguistico ladino. Si parla, infatti, di elezione degli Assessori di lingua tedesca e di elezione degli Assessori di lingua italiana. Dal punto di vista formale e giuridico anche i ladini potrebbero sedere al banco della Giunta. Attualmente la proporzione non lo consente, ma ripeto che dal punto di vista formale ciò sarebbe possibile; anche per tener conto dei diritti che spettano ai ladini, avrei perciò preferito che all'ordine del giorno fosse stato aggiunto un punto con la dizione: "Determinazione del numero degli Assessori spettante a ciascun gruppo linguistico". Dal punto di vista pratico non cambia niente,

ma dal punto di vista formale, con una dizione di questo genere sarebbe stato sancito giustamente un diritto che il gruppo linguistico ha secondo l'art. 36 dello Statuto.

Come consigliere ladino ho il compito di rappresentare nella maggior misura possibile i diritti e gli interessi del gruppo linguistico ladino. Dirò anche che dal punto di vista formale, mi dovrebbe anche essere concesso il diritto di parlare in ladino. Lo Statuto prevede che le lingue ufficiali della Provincia e della Regione sono la lingua tedesca e la lingua italiana; comunque, per motivi pratici, parlerò indistintamente in italiano ed in tedesco, perché non ho difficoltà linguistiche.

Sottolineo che ho scelto di operare nell'ambito del partito della Democrazia Cristiana, proprio perché credo che questo sia un partito aperto, democratico, federalista, favorevole alle minoranze ed alla collaborazione tra tutti i gruppi linguistici. Trovo perciò logico che in un tale partito possano coesistere ed operare persone appartenenti a più gruppi linguistici.

L'autonomia che abbiamo raggiunto è un bene ed una conquista di tutti i gruppi linguistici, di tutti i gruppi politici. Sarebbe sbagliato usare questa autonomia per relegare ai margini le minoranze più piccole; in questo caso si incorrerebbe negli stessi errori che sono stati rinfacciati allo Stato ed al Governo centrale. Ecco perché ritengo che la relazione della Giunta provinciale non dovrebbe solo elencare le norme di attuazione che si attendono dallo Stato, ma anche le iniziative che la Provincia intende prendere per attuare lo Statuto, con particolare riferimento al gruppo linguistico ladino, che, come ho già detto, è qui per la prima volta ufficialmente rappresentato. Ammetto che la relazione contiene un programma generale senza riferimenti particolari ai gruppi linguistici; però la novità della presenza ladina, di una presenza ladina dichiaratasi tale, nonché le conseguenze, dovevano essere certamente ricordate.

Passo ora a soffermarmi su alcuni problemi specifici che derivano dalla presenza di un consigliere ladino in Consiglio provinciale, perché sui problemi programmatici generali parleranno altri esponenti del mio partito.

Personale della Provincia: Ritengo che al personale ladino che lavora in Provincia debba essere dato finalmente il diritto di poter dichiarare l'appartenenza al proprio gruppo linguistico. Finora il personale ladino della Provincia si doveva dichiarare o del gruppo linguistico tedesco o di quello italiano. Penso che a partire da questa legislatura il personale ladino che lavora in Provincia debba potersi dichiarare appartenente al gruppo linguistico ladino. Ritengo che questo provvedimento debba essere

varato subito, sia in osservanza della legge provinciale, sia per venire incontro ad una esigenza di giustizia del gruppo linguistico ladino. Per evitare abusi e soprusi, proporrei che il personale della Provincia che desidera dichiararsi appartenente al gruppo linguistico ladino debba sostenere un esame orale per l'accertamento della conoscenza della lingua ladina. Penso che il personale ladino dovrebbe essere impiegato per quanto possibile nelle località ladine, anche in virtù della conoscenza diretta della lingua della popolazione, oppure negli uffici della Provincia che hanno il maggiore contatto diretto con le popolazioni ladine.

A questo punto si pone questa domanda: qual'è la consistenza del gruppo linguistico ladino? Io penso che sia senz'altro preferibile agganciare la proporzionale al censimento, invece di agganciarla alla composizione del Consiglio provinciale. Ciò perché si tratta di una soluzione più giusta e più equa, meno incerta e meno esposta alla fluttuazione del numero dei consiglieri appartenenti a ciascun gruppo linguistico. Ricordo la dichiarazione di appartenenza al gruppo linguistico dell'avv. Vinatzer nel Consiglio comunale di Bolzano. Come conseguenza ci sarebbero dovuti essere notevoli cambiamenti nel Comune di Bolzano; ma tutti hanno taciuto e non se ne è fatto niente. Questo per dimostrare che le fluttuazioni sono senz'altro più frequenti se l'aggancio viene fatto alla composizione dei Consigli. Tra l'altro, l'aggancio della proporzionale al censimento è anche — perché non dirlo — vantaggioso per il gruppo linguistico ladino. Un consigliere provinciale ladino rappresenta il 2,9% della popolazione provinciale; nel censimento dell'anno 1971 invece il 3,7% di tale popolazione si è dichiarata appartenente al gruppo linguistico ladino. Si tratta dunque di un vantaggio dello 0,8%, che, se non applicato, avrebbe delle conseguenze negative per il gruppo linguistico ladino.

La dichiarazione di appartenenza al gruppo linguistico ladino, come dovrebbe essere concessa adesso ai ladini che lavorano nell'Amministrazione provinciale, dovrebbe essere applicata anche a tutti gli altri enti le cui norme per l'assunzione si adeguano a quelle della Giunta provinciale.

Passo ora ad un articolo fondamentale dello Statuto, che riguarda il gruppo linguistico ladino: è lo articolo 62 del nuovo Statuto di autonomia. Questo articolo non solo regola la rappresentanza ladina in Consiglio provinciale, ma altresì la rappresentanza ladina negli organi collegiali negli enti pubblici locali. Cosa significa questa garanzia? Secondo l'autorevole opinione espressa anche dal prof. Pototschnig nella relazione fatta al Presidente della Giunta regionale sul problema dell'elezione di consiglieri pro-

vinciali ladini, questa significa rappresentanza ladina in tutti gli organi collegiali degli enti pubblici locali, a prescindere dal principio della proporzionale. Se i ladini dovessero essere rappresentati soltanto in quegli organi collegiali, nei quali la rappresentanza spetterebbe loro, secondo la proporzionale etnica, non sarebbe stato necessario che l'art. 62 ne parlasse espressamente. Ecco perché propongo un'unica legge provinciale che regoli ed integri tutta la materia. Non è giusto provvedere soltanto mediante un graduale inserimento di rappresentanti ladini man mano che gli organi decadono; in questo modo si perde tempo e si rischia che l'articolo non venga mai del tutto attuato.

Vorrei qui citare alcuni esempi per dimostrare che la Giunta provinciale avrebbe potuto provvedere già negli ultimi anni. Da tempo Comuni e sindaci della val Gardena hanno chiesto una rappresentanza ladina nel consiglio di amministrazione dell'ospedale civile di Bolzano: non si è fatto ancora niente. Dal giugno 1972 l'assemblea del consorzio provinciale per la lotta contro i tumori ha chiesto all'unanimità l'inserimento nel direttivo di un rappresentante ladino: finora la Provincia non ha approvato modifiche dello statuto consorziale.

Naturalmente questa parte dell'art. 62 dello Statuto di autonomia dovrà essere attuato anche per gli enti dello Stato e della Regione che operano nella nostra provincia. Per quanto riguarda la Regione, farò la stessa proposta in Consiglio regionale. Per gli enti dipendenti dallo Stato, rivolgo un invito ai rappresentanti di questo Consiglio nella Commissione dei 12, affinché provvedano a regolare la materia mediante una norma di attuazione.

Passo ora ai problemi della scuola e della cultura ladina, che sono l'unica vera ed autentica espressione dell'autonomia ladina previsti dal nuovo Statuto di autonomia. Se esiste una effettiva, una vera autonomia ladina, questa può esistere ed esiste soltanto per i problemi della scuola e della cultura. Lo Statuto ne parla espressamente negli artt. 19 e 102.

A questo punto vorrei porre una domanda fondamentale, per evitare equivoci e false interpretazioni che spesso sono la causa di molte difficoltà: a quali cittadini si riferisce il termine "ladino,"?

"Ladino," lo dico subito, non è un termine geografico; non si può affermare, in generale, che tutti gli abitanti delle valli ladine siano ladini. Il termine "ladino," non è neppure un termine solamente etnico-folcloristico, che si riferisca soltanto agli antenati, ai loro usi e costumi. Con questi concetti può maturare l'assurda opinione di un autorevolissimo esponente pubblico della val Gardena, il quale è arrivato al punto di affermare che possono esistere ladini di madrelingua tedesca. Anche a questo siamo

arrivati! Come se ci potessero essere francesi di madrelingua spagnola e via di seguito. O si è ladini o si è di un altro gruppo linguistico!

E' chiaro che il termine "ladino", si riferisce in primo luogo al concetto linguistico. Ladini sono in primo luogo coloro che parlano il ladino in famiglia. Questa precisazione mi pare importante per evitare le confusioni che spesso si fanno e che sono la causa di molte difficoltà nell'applicazione e nell'interpretazione delle norme e favore della popolazione ladina. Bisogna, quindi, applicare ai ladini nella misura massima possibile il concetto linguistico. Solo per motivi pratici, quando ciò non fosse possibile, e quando è richiesta una determinazione geografica, allora, secondo me, è da applicare il concetto geografico, cioè il concetto di località ladine.

Desidero illustrare un altro concetto; quello della posizione culturale dei ladini. Dal punto di vista culturale e linguistico mi pare che la cultura e la lingua ladina debbano costituire le basi per la vita familiare e valligiana. Queste basi dovrebbero essere ampliate mediante l'apertura alle grandi culture europee, che nell'attuale situazione storica, geografica e sociale sono quella italiana o quella tedesca. L'apertura culturale verso uno solo di questi gruppi espone i ladini — questo è innegabile — al rischio di essere soffocati culturalmente e linguisticamente dagli stessi. Ricordo qui l'eccessiva penetrazione tedesca in val Gardena e italiana in val di Fassa, fenomeno che dimostra questa affermazione. Quando i ladini sono esposti in maniera eccessiva alla pressione culturale e linguistica di un solo gruppo linguistico, rischiano automaticamente di perdere le loro caratteristiche. Oggi come oggi si può dire che a Ortisei non si parla meno il tedesco che l'italiano ad esempio a Canazei. E' una dimostrazione di quanto ho detto. Per i motivi esposti è auspicabile un equilibrio tra l'apertura e la presenza culturale tedesca e italiana nelle valli ladine. Questa è, secondo me, la vera e sola garanzia per la sopravvivenza culturale e linguistica del gruppo linguistico ladino.

Questa apertura culturale dei ladini è contemporaneamente europea e tirolese. Sottolineo la parola "tirolese", perché tutti i ladini sono tirolesi. Secondo me, "tirolese", è un concetto che implica la collaborazione tra tutti i gruppi linguistici; il concetto "tirolese", è proprio l'opposto del nazionalismo, è l'opposto della contrapposizione etnica. Nel Tirolo inserito nell'Austria multinazionale, tedeschi, italiani e ladini sono riusciti a convivere per 500-600 anni senza che ci fossero contrapposizioni nazionalistiche. Per questo la collaborazione, l'apertura culturale di tutti verso tutti è apertura europea e contemporaneamente tirolese.

Passo a trattare i problemi della scuola. La scuola paritetica delle località ladine corrisponde del tutto alle esigenze sopra indicate: approfondire la lingua e la cultura materna, quella ladina; garantire l'apertura alle grandi culture e lingue europee in modo equilibrato, in modo da non soffocare la comune matrice ladina; garantire l'inserimento dei gruppi tedeschi e italiani residenti nelle località ladine nella realtà socio-culturale locale.

Per questi motivi affermo che le norme riguardanti la scuola materna e per la prima classe delle scuole elementari delle località ladine devono tenere conto in primo luogo del bambino che a casa parla il ladino. Ecco perché ritengo che l'uso principale della lingua ladina in tale periodo scolastico sia fondamentale e non solo marginale, se non addirittura inesistente, come succede in alcune scuole materne della val Gardena. Abbiamo il caso di Selva di val Gardena dove i genitori si sentono costretti a dover parlare il tedesco a casa ed in famiglia perché altrimenti hanno grandi difficoltà a mandare i loro figli alla scuola materna, dove alle volte si parla soltanto il tedesco e dove — come è realmente accaduto — la cuoca deve fare eventualmente da interprete fra le maestre ed i bambini.

Ecco perché è assurdo dividere formalmente i bambini, che frequentano questo periodo scolastico, addirittura in sezioni cosiddette ladino-tedesche e ladino-italiane. Cosa significa questa dizione? O sono sezioni tedesche o sono sezioni italiane o sono sezioni ladine; se non fosse così, dovremmo avere una lingua ladino-tedesca, una lingua ladino-italiana, che mi pare non esistano. Fra l'altro sarebbero sezioni, nelle quali la parola "ladino", avrebbe soltanto una funzione decorativa, mentre in realtà diventerebbero sezioni tedesche e italiane, con una divisione formale innaturale, che farebbe sparire la matrice originaria, cioè quella ladina. Queste divisioni vengono solo sollecitate da quelle famiglie, poco coerenti per la verità, che parlano la lingua tedesca in casa e si dichiarano, poi, appartenenti al gruppo linguistico ladino. Qui sta il vero motivo della confusione che spesso regna! Per ovviare a taluni inconvenienti che effettivamente sussistono, si potrebbero raggruppare gli alunni secondo il principio della maggiore omogeneità previsto dall'ordinamento scolastico, senza creare quelle divisioni che quasi tutta la popolazione ladina condanna.

Vorrei poi sottolineare che l'insegnamento della lingua ladina nelle scuole elementari delle località ladine deve essere effettiva; non deve cioè succedere che la storia, la geografia o usi e costumi ladini vengano spiegati in lingua tedesca oppure in lingua italiana. Che insegnamento della lingua ladina è questo!? Questo insegnamento si deve svolgere nella lin-

gua ladina, almeno per quell'ora della settimana in cui è previsto. Bisognerebbe poi regolamentare, mediante una legge provinciale, l'insegnamento della lingua ladina nelle scuole medie d'obbligo. Sappiamo che attualmente l'insegnamento obbligatorio è soltanto previsto per le scuole elementari; questo per il fatto che all'epoca, in cui fu fatta questa proposta, la scuola elementare si estendeva ancora agli otto anni, mentre non si è tenuto conto della istituzione della scuola media d'obbligo. Secondo lo Statuto comunque è possibile una regolamentazione di questa materia, qualora il consiglio dei professori faccia una proposta in questo senso; ciò è infatti previsto dalla norma di attuazione.

Vorrei poi proporre l'insegnamento facoltativo della lingua e della cultura ladina negli istituti magistrali e nelle scuole magistrali; questo per gli studenti ladini che frequentano tali scuole. Come si può insegnare la lingua ladina se non si ha avuto almeno l'occasione di avere un minimo di istruzione in questa materia!?

Come previsto per gli insegnanti di seconda lingua, ritengo che anche per gli insegnanti ladini sia necessario un aggiornamento professionale didattico per l'insegnamento della lingua italiana e della lingua tedesca agli alunni ladini. Oggi nell'istituto magistrale di Merano gli studenti ladini imparano come insegnare la lingua tedesca ad alunni tedeschi; nello istituto magistrale italiano di Bolzano i nostri studenti imparano come insegnare la lingua italiana agli alunni italiani. Cosa alquanto diversa è insegnare tali lingue agli alunni ladini. Ecco perché ritengo che un aggiornamento professionale didattico sia più che mai opportuno.

Ritengo ancora indispensabile, come ho già detto in parte, che nelle scuole materne delle località ladine vengano effettivamente impiegati nella maggior misura possibile insegnanti ladini e che la lingua primaria usata nelle stesse scuole sia quella ladina. Non mi pare opportuno mandare i pochi insegnanti ladini, in possesso del diploma della Scuola magistrale, in scuole materne non ladine della provincia, col solo pretesto di farvi trascorrere un periodo di addestramento, ma per far mancare in realtà alle scuole materne delle località ladine gli insegnanti che veramente conoscono la lingua ladina.

E vengo al consiglio scolastico provinciale. Ritengo che, qualora la legge venisse modificata in questo consiglio venga inserito anche un rappresentante della scuola materna ed un rappresentante del personale non-insegnante ladino. Mi pare poi opportuno che per le elezioni dei rappresentanti ladini in seno al consiglio scolastico provinciale il diritto di voto attivo venga concesso a tutto il personale insegnante nelle scuole delle località ladine, sia a quello ladi-

no come a quello tedesco e italiano. La scuola delle località ladine è una fattispecie particolare; non è una scuola ladina, ma una scuola delle località ladine, per cui mi pare giusto che il diritto di voto attivo venga concesso a tutti gli insegnanti. Semmai si dovrebbe limitare agli insegnanti ladini il diritto di voto passivo. L'Assessore Zelger mi sta accennando che le cose stanno già così; ne ho comunque accennato, perché esiste confusione e poca chiarezza fra i dirigenti dell'Union Enseniànc Ladins.

Vorrei soffermarmi ora sull'art. 102 del nuovo Statuto di autonomia. Mi pare che questo articolo sia stato fatto proprio per dare al gruppo linguistico la facoltà, la possibilità, il diritto ed i mezzi per sopravvivere. Ecco perché mi pare importante che non ci si fermi soltanto all'enunciazione di alcuni diritti, ma che si mettano i ladini anche nelle condizioni reali ed effettive di poter usufruire degli stessi. Affinché questo art. 102 possa essere applicato nella realtà, propongo una legge provinciale organica per il finanziamento delle attività culturali ladine e delle associazioni che le svolgono. Vorrei sottolineare le parole "attività culturali ladine", perché mi pare che negli ultimi tempi i fondi culturali ladini non sempre siano serviti per finanziare attività soltanto ladine, svolte cioè in lingua ladina.

ZELGER (S.V.P.): Quali?

MARTINER (D.C.): Esistono per esempio cori che cantano quasi mai in ladino.

ZELGER (S.V.P.): Ma sono ladini.

MARTINER (D.C.): Il circolo artistico e culturale di Ortisei svolge, per esempio, la sua attività in lingua ladina, in lingua tedesca ed in lingua italiana. I fondi li riceve invece soltanto dalla consulta culturale ladina. Dato che i fondi per il gruppo linguistico ladino sono talmente esigui che già servono a realizzare poco, mi pare che le attività sopra indicate che si svolgono in lingua tedesca ed in lingua italiana, debbano essere finanziate utilizzando il fondo per la cultura tedesca e quello per la cultura italiana, e non quello per la cultura ladina.

Mi pare poi utile proporre una legge provinciale per la sovvenzione di libri e di testi scritti in lingua ladina: poesie, leggende, racconti, novelle, storia, geografia ecc., nonché per la stampa di testi scolastici ladini. Il problema della stampa di testi scolastici ladini è un problema reale, che deve essere affrontato e risolto. Inoltre mi pare necessaria una legge provinciale per sovvenzionare la stampa di giornali e di periodici in lingua ladina.

E' evidente che per queste ultime due attività non

si può applicare il principio del finanziamento proporzionale. Stampare un libro o un giornale in 1.000 o in 10.000 copie costa pressoché la stessa somma, a prescindere dal numero di coloro che ne possono usufruire.

Vorrei poi sollecitare una legge che regoli l'uso obbligatorio della toponomastica ladina nelle località ladine. Questo principio non deve rimanere lettera morta come nello Statuto precedente, anche se le modalità della sua applicazione dovranno essere attentamente studiate. Non so se per la toponomastica sia competente solo la Provincia o anche lo Stato; qualora fosse competente anche quest'ultimo pregherei che se ne parli in Commissione dei 12 e che si provveda con opportune norme di attuazione.

Consulta culturale ladina. Ho letto con piacere che si sta pensando ad una ristrutturazione delle consulte culturali. Mi pare anche opportuno che queste vengano ampliate mediante l'inserimento di altre persone qualificate. Ritengo che la consulta culturale ladina non dovrebbe avere il solo compito di approvare una suddivisione di fondi più o meno già predisposta dall'Assessorato. In mancanza di un Assessorato per la cultura ladina o di altri organi competenti nell'ambito della Giunta provinciale, alla consulta ladina potrebbe anche essere concessa la facoltà di esprimere pareri e di fare proposte su tutti i problemi che riguardano la scuola e la cultura ladina. E' inoltre un mio dovere sollecitare l'assunzione di personale ladino nell'Assessorato per le attività culturali tedesche e ladine. Mi sembra poco corretto che in un organo come la consulta culturale ladina, in cui siedono soltanto esponenti di madrelingua ladina, si debba parlare il tedesco solo perché manca un segretario che conosca la lingua ladina. Forse in questo caso sarebbe più opportuno impiegare un segretario di madrelingua ladina.

E' stata annunciata anche una legge che dovrebbe regolare le competenze provinciali per le radio-diffusioni della RAI-TV di Bolzano. A questo proposito mi permetto di fare alcune proposte: si potrebbe prevedere e regolare la ricezione delle trasmissioni televisive ladine dalla Svizzera romancia "Il Balcon tort",

Si dovrebbe poi studiare il problema di realizzare una breve trasmissione televisiva locale in lingua ladina. Stiamo pensando ad una trasmissione di 15 minuti da mettere in onda una volta al mese. Non ritengo che si debba programmare un numero eccessivo di trasmissioni; mi pare quanto mai importante non rinunciare al principio. Del resto è meglio fare alcune trasmissioni brevi, che molte di poco contenuto.

Proporrei poi di anticipare i notiziari in lingua ladina dalle ore 14 alle ore 12.30. I notiziari ladini del-

le ore 14 difficilmente possono essere seguiti dalla maggior parte degli ascoltatori ladini: alle ore 14 gran parte della popolazione si trova già sul posto di lavoro. Mi pare che la popolazione potrebbe ascoltare più facilmente il notiziario alle ore 12.30. Alle 12 viene trasmesso il notiziario tedesco, alle 12.10 quello italiano locale; alle 12.30 si potrebbe senz'altro quindi inserire quello in lingua ladina, per poi riprendere alle 13 nuovamente con il notiziario in lingua tedesca. E' infine opportuno studiare anche un decentramento di queste attività per facilitare la collaborazione delle persone più capaci delle valli ladine.

Nell'accordo programmatico si parla dei comprensori. Qui mi preme sottolineare come i comprensori attualmente esistenti dividano ancora di più i ladini di quanto non lo fossero stati fino adesso. Già esiste la suddivisione in ladini della provincia di Bolzano, in ladini della provincia di Trento e in ladini della provincia di Belluno; adesso si vuole dividere ancora: in ladini del comprensorio della Pusteria ed in ladini del comprensorio Salten-Schlern. Mi è stato detto, fra l'altro, che nel comprensorio della val Pusteria la val Badia viene trattata un po' come la Cenerentola del comprensorio stesso. Dal punto di vista strettamente economico la val Badia gravita sulla val Pusteria e la val Gardena su Bolzano; questo è vero e bisogna ammetterlo. E' però da chiedersi, nella fattispecie, se gli interessi economici che uniscono la val Gardena ai comuni del Saltusio o con la val Sarentino siano maggiori che non quelli che legano la stessa alla val Badia. Dico sinceramente che nessun Comune della val Gardena ha aderito con molto entusiasmo al comprensorio Salten-Schlern. Si è parlato di una soluzione di emergenza, di una soluzione provvisoria; ritengo che in occasione della ristrutturazione dei comprensori si dovrebbe veramente ricercare e studiare una soluzione più omogenea. Si potrebbe fare un comprensorio ladino comprendente la val Gardena e la val Badia almeno per risolvere alcuni importanti problemi che legano queste due valli, lasciando contemporaneamente partecipare la val Gardena e la val Badia ad altri comprensori, nei quali gli interessi economici comuni sono effettivamente di primaria importanza. Ho sollevato il problema; non ho proposto una soluzione definitiva perché la questione deve essere studiata ed approfondita in avvenire.

Traccio brevemente alcuni altri problemi. Come rileva la relazione, è giusto il concetto di una corretta integrazione tra industria, agricoltura ed il settore terziario. Bisognerebbe applicare effettivamente questo enunciato concetto dell'equilibrio in tutte le zone, anche in quelle turistiche. Lo sviluppo degli ultimi anni ha portato veramente ad una situazione

per cui ad esempio, in val Gardena il turismo rischia di soffocare le attività artigianali. Se non ci saranno adeguati esperimenti di aree artigianali c'è il rischio che queste attività, così importanti per la val Gardena, vengano relegate ai margini se non addirittura espulse dalla valle.

Vorrei poi sollecitare alcuni interventi a favore dei Comuni più poveri. Spesso si ha l'impressione che la Provincia intervenga piuttosto in Comuni già ricchi, che sanno maggiormente far valere le loro necessità. Ricordo qui Comuni poveri come La Valle, come San Martino in Badia; un Comune quest'ultimo veramente povero, che non ha neppure un acquedotto e che non sa neppure come trovare una copertura per il mutuo indispensabile per finanziare la costruzione dell'acquedotto.

E' giusto sollecitare e favorire lo sviluppo ed il miglioramento delle strutture turistiche; bisognerebbe però anche emanare norme per regolare e tutelare il lavoro di nuove categorie che operano in questo settore, come il personale addetto agli impianti di risalita, i battipista ed altre categorie di questo genere. Bisogna poi tenere presente che nei Comuni ad alto sviluppo turistico mancano del tutto camere, case ed abitazioni per studenti ed apprendisti; ciò deriva dal fatto che tutti i proprietari affittano le loro case ai villeggianti. Questo è un problema veramente difficile, per il quale si dovrebbe cercare di trovare una soluzione.

Sorvolo i problemi riguardanti le strade: si sa che le strade delle valli ladine versano da sempre in condizioni disastrose.

Vorrei fare ancora due proposte. Nel programma si parla del parco naturale Puez-Odle: mi pare che questo parco naturale, proprio per preservarne tutte le caratteristiche, dovrebbe essere esteso al monte Rasciesa di dentro ed al monte Balést, come già previsto dal piano regolatore generale del Comune di Ortisei. Vorrei poi sollecitare la creazione, in val Gardena, di un centro medico-sanitario con servizi per l'assistenza agli handicappati fisici e psichici delle valli di Badia e di Gardena.

Herr Präsident! Herren Kollegen! Noch einige Worte in deutscher Sprache. Ich lese im Koalitionsabkommen der neuen Südtiroler Landesregierung, daß es Ziel der Regierung sein soll, die Vergangenheit immer mehr zu überwinden; daß ein neues politisches Bewußtsein gefunden werden soll. Es heißt hier: „Es soll, in die Zukunft schauend, der Wille zur Zusammenarbeit und Verständigung zwischen den zusammenlebenden Bevölkerungsteilen bezeugt werden.“ Man sucht nach „besseren Lebensbedingungen für alle Sprachgruppen, die hier zusammenleben.“ Nach meiner Ansicht sollte diese Zusammenarbeit und diese Verständigung nicht nur hier im

Landesausschuß, sondern auch in der Peripherie angestrebt werden. Auch in den ladinischen Tälern sollten jene Parteien, die hier im Landesausschuß einen Weg der Zusammenarbeit und der Verständigung gesucht und gefunden haben, demselben Ziele zustreben. Es soll also auch in den ladinischen Tälern nicht mehr von Mehrheit und Opposition gesprochen werden, sondern von Zusammenarbeit und Verständigung. Man sollte sich deshalb bemühen — und das ist ein Aufruf an die Südtiroler Landesregierung, aber auch an unsere Tagespresse —, nicht Öl auf das Feuer vergangener Trennungen zu werfen. Ich finde es als beschämend, wenn heute noch die Optionen und die Zeit während und nach dem letzten Weltkrieg herangezogen werden, um die ladinische Bevölkerung zu trennen. Ich möchte auch, daß endlich alle berücksichtigen sollten, daß es nur Ladinern ohne Vorzeichen gibt. Es gibt nicht „deutsche Ladinern“ und „italienische Ladinern“, wie manche haben möchten, die immer noch auf die Optionen zurückgreifen. Es gibt nur Ladinern ohne Vorzeichen! Gerade deshalb sollen wir die Vergangenheit überwinden und einen Weg der Zusammenarbeit suchen. Und wenn heute besonders die ladinische Jugend diesen Weg der Zusammenarbeit sucht, — hauptsächlich die Jugend, die ich zu vertreten hoffe, die weder einen Faschismus, noch einen Nazismus, noch einen Weltkrieg gekannt hat —, eine Zusammenarbeit, die wir in täglicher Arbeit zu erreichen versuchen, dann soll der Landesausschuß diese Zusammenarbeit, dieses Zusammenfinden der Ladinern fördern und unterstützen. Diese Zusammenarbeit wird vor allem unterstützt, indem man den Ladinern ohne Bedingungen alle Rechte gewährt, die ihnen zustehen.

Sie wissen, meine Damen und Herren, es gibt unter den Ladinern zur Zeit Verstimmung und Enttäuschung, hervorgerufen durch die Entscheidungen des letzten Jahres über die Schulordnung in den ladinischen Tälern: diese Schulordnung wurde beim Verfassungsgerichtshof angefochten. Damit wurde klar bewiesen, daß man die Interessen der Ladinern hintangestellt hat, und daß man andere Interessen den Interessen der ladinischen Bevölkerung vorgezogen hat. Es ist kein Geheimnis, daß heute beinahe die gesamte Bevölkerung der ladinischen Täler diese Schulordnung gutheißt, also mit dieser Schulordnung einverstanden ist. Es ist dies nämlich die einzige Schulordnung, die uns in die Lage versetzt, Trennungen der Vergangenheit zu überwinden und zusammenzuarbeiten, und die auch den deutschen und italienischen Bevölkerungsschichten in den ladinischen Tälern die Möglichkeit gibt, sich an die lokalen, sozialen und kulturellen Verhältnisse in Ladinien anzupassen und sich in dieselben einzuleben.

Ein weiteres Problem, das Verstimmung und Enttäuschung hervorgerufen hat, ist die Haltung Südtirols zum Fassaproblem. Es ist kein Geheimnis, daß wir die Haltung der Trentiner Landesregierung zum Fassaproblem. Es ist kein Geheimnis, daß wir die Haltung der Trentiner Landesregierung zum Fassaproblem nie voll unterstützt haben, weder als Ladinier der Christlichdemokratischen Partei, noch als christliche Demokraten von Südtirol. Im letzten Jahr haben unsere christlichdemokratischen Abgeordneten für den Begehrensantrag gestimmt. Die Ladinier sind also darüber verstimmt und enttäuscht, wie die berechtigten Forderungen der Fassaner für eigene Zwecke ausgenützt worden sind. Man hat zuerst den Ladinern des Fassatales versprochen, man würde sich für sie einsetzen: man sei die einzige Kraft, die ihre berechtigten Forderungen unterstütze. Und nachher hat man sie im Stiche gelassen. Diese Haltung hat nicht nur die Fassaner selbst getroffen, sondern auch die Ladinier des Gröden- und Gardertales.

Ein weiterer Grund der Verstimmung und Enttäuschung waren auch — warum soll man es nicht ehrlich sagen — die letzten Landtagswahlen. Den häufigen und überwältigenden Liebeserklärungen der verschiedenen politischen Gruppen den Ladinern gegenüber entsprach nicht immer die Zahl der Vorzugsstimmen, die ladinischen Kandidaten verschiedener Gruppen gegeben wurden. Und diese Feststellung trifft etliche Gruppen! Man hat manchmal den Eindruck, daß die Ladinier im Stiche gelassen werden, daß ihre Stimmen ausgenützt werden; es scheint, daß große Parteien auch in den ladinischen Tälern ihre Interesse jenen der Ladinier vorziehen.

Diese Verstimmung und Enttäuschung hat in der Gründung einer ladinischen Partei Ausdruck gefunden. Wir sind im Prinzip gegen eine solche ladinische Partei. Wir wollen nicht, daß sich die Ladinier in einen völkischen Protest abkapseln. Das Statut unseres Landes und unserer Region soll ja die Erhaltung und die Entwicklung aller hier zusammenlebenden Volksgruppen gewährleisten. Bei diesen Voraussetzungen soll sich das politische Leben in eine Auseinandersetzung über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Probleme des Landes gestalten, und nicht nur eine Auseinandersetzung oder Gegenüberstellung völkischer Notwendigkeiten darstellen. Diese sollten eigentlich bereits durch das Statut gewährleistet sein. Als ladinische Vertreter der großen Parteien haben wir den Ladinern mehrmals gesagt und vor Augen gehalten, daß die Interessen der Ladinier in den großen Parteien erreichbar sind, ohne Notwendigkeit, eine eigene ethnische Protestpartei der Ladinier zuzuründen. Damit diese unsere Worte

und dieser unser Einsatz glaubhaft und ehrlich erscheinen, ist es notwendig, daß wir uns alle und besonders die Mehrheitsparteien der Südtiroler Landesregierung, zusammen bemühen, die Rechte der Ladinier zu berücksichtigen, um sie wirklich in die Tat umzusetzen. Wenn die Ladinier auf diese Weise wirklich und in der Tat davon überzeugt werden — durch das Handeln der Südtiroler Landesregierung, d. h. durch unser gemeinsames Handeln —, daß ihre Rechte und ihre Interessen durch unsere Parteien verwirklicht werden können, dann glaube ich, daß auch die heutige Verstimmung abflauen wird, und daß dann vielleicht auch jene, die heute für eine ladinische Partei plädieren, wieder zu uns zurückfinden werden.

Abschließend möchte ich in diesem Sinne an die Landesregierung die Bitte richten, sich tatkräftig für die Ladinier und auch für die autonomen Erfordernisse der Ladinier einzusetzen. So wie das Land eine echte Autonomie von Rom verlangt hat, so soll sich das Land auch gegenüber den Erfordernissen der Ladinier aufgeschlossen zeigen. Nur so wird die Haltung des Landesausschusses den Ladinern glaubwürdig erscheinen und seine Tätigkeit ihnen gegenüber positive Früchte tragen. Danke.

GOUTHIER (Segretario — P.C.I.): Signor Presidente, signori colleghi, ritengo non sia un caso che il signor Presidente della Giunta abbia insistito in modo irremovibile per presentarsi come tale, come Presidente della Giunta, come tale aprire il dibattito, come rappresentante cioè di un Esecutivo già formato, con un programma di governo, con un accordo programmatico ben preciso. Preciso in senso formale intendo dire, perché sul piano sostanziale il collega Stecher ha già espresso il nostro giudizio di profonda delusione e nettamente negativo. Questa scelta dovrebbe permettere al Presidente della Giunta di fare a noi ed alla popolazione un discorso "amministrativo", un discorso nel quale si indicano tanti — o pochi — punti programmatici e questa scelta dovrebbe permettere al Presidente della Giunta, quindi, di sfuggire ad un'analisi politica del come e del perché si è arrivati a quei punti pronunciati e non ad altri. Poi dovrebbe permettere — ho una certa esperienza ormai — a chi, come noi riteniamo sia necessario, sviluppa il discorso sul piano politico, di dire che questo oppositore è andato fuori tema, perché lui, Presidente della Giunta, aveva parlato di tutt'altre cose, e che ai quesiti posti non si è data risposta, e così via. Ma noi sappiamo che ogni programma di Giunta, malgrado la tenacia con cui lo si voglia presentare esclusivamente come tale, è innanzitutto e soprattutto un programma, frutto di accordo politico e di scelte politiche di fondo, compresen-

bile solo alla luce di queste scelte politiche di fondo. Noi quindi riteniamo sia necessario discutere di queste scelte fatte o, come più propriamente mi sembra di poter dire, non fatte, in ordine a problemi decisivi e fondamentali per la vita e lo sviluppo della nostra collettività.

Noi sappiamo benissimo che il tema della proporzionale etnica, di cui non v'è parola nella relazione introduttiva, è stato in realtà il problema fondamentale, che ha impegnato sedute e sedute dei partiti che oggi siedono sui banchi della maggioranza; che è stato al centro — ed era giusto che fosse così — del dibattito e della trattativa tra questi partiti. Io intendo su questo problema quasi esclusivamente intrattenermi, perché è oggi il tema fondamentale e qualificante in senso assoluto dell'attività e del programma di ogni Giunta, di quella di oggi e di quella di domani, perché riguarda non "una," questione di fondo della vita della nostra provincia, ma "la," questione di fondo della vita politica ed amministrativa in Alto Adige. E questo è tanto vero, signor Presidente della Giunta e signori colleghi, che gli organismi della Südtiroler Volkspartei nei giorni di queste convulse trattative non si sono certo riuniti ripetutamente per discutere se bisognava fare 500 o 530 alloggi, cosa del resto molto importante, ma si sono riuniti per discutere, per ridimensionare o per respingere una proposta avanzata in sede di trattative dallo stesso Presidente della Giunta, allora solo designato, di arrivare ad una soluzione più corretta di questo problema. E la stessa cosa è avvenuta per quanto riguarda i cosiddetti partiti di lingua italiana.

Il punto di partenza di questo gravissimo e importantissimo problema è noto: noi comunisti abbiamo provocato coscientemente, non per riguardo alle ripercussioni sul piano della proporzionale etnica, ma come scelta politica di fondo perseguita da sempre nella nostra storia ed attività politica qui in Alto Adige, una novità che riconosco essere stata ed essere una novità per adesso prevalentemente qualitativa e non quantitativa, data la relativa limitatezza della nostra forza in Alto Adige, abbiamo cioè provocato l'elezione nella lista del Partito Comunista del collega Stecher di lingua tedesca. Questa elezione ha portato, rispetto alla proporzione consolidata nel passato, ad un maggior numero di consiglieri di lingua tedesca, e quindi ad un minor numero di consiglieri di lingua italiana, sempre in proporzione. E questo — lo sappiamo — ha delle ripercussioni sul piano della ripartizione del personale e ripartizione di fondi nei diversi settori della vita amministrativa, dalla cultura, alla casa, ecc.

BERTORELLE (D.C.): Solo personale.

GOUTHIER (Segretario — P.C.I.): Meglio così.

Il criterio che esisteva e che esiste è quello dello aggancio della ripartizione del personale secondo il numero dei consiglieri. Noi riteniamo che questo aggancio debba assolutamente essere fatto in relazione al censimento della popolazione. L'aggancio al numero dei consiglieri è un meccanismo che non solo è ingiusto per quello che dirò dopo, che non solo è pericoloso, ma è un meccanismo che non è più adeguato alla fase politica che noi oggi viviamo nella nostra provincia. Possiamo dire che era un meccanismo che aveva una sua giustificazione, ma non l'ha mai avuta a pensarci bene, nel periodo immediatamente post-bellico, quando la situazione nella nostra provincia era di fatto caratterizzata da una divisione marcata tra partiti cosiddetti sudtirolesi o locali, in realtà identificatisi nel partito della Südtiroler Volkspartei, ed i partiti cosiddetti italiani o nazionali, dall'altra, e appunto dal monopolio della Südtiroler Volkspartei sulla popolazione di lingua tedesca. Oggi, lo vediamo proprio in queste ore in cui si sviluppa nel Consiglio provinciale il dibattito, la situazione è profondamente modificata. Sarebbe sbagliato pensare che questa modifica sia stata solo risultato del "pacchetto,"; il "pacchetto," è stato causa, ma anche effetto di un processo profondo che è venuto avanti, frutto di lotte politiche, frutto di evoluzioni di mentalità, di concezioni di vita, di costume. Così noi vediamo — fatto importante — una profonda articolazione politica all'interno del gruppo di lingua tedesca, che rispetto alle esperienze del passato ha un carattere di stabilità, ha prospettive di sviluppo, di essere ancora sempre più marcata. Ma perché dico questo? Perché noi sappiamo che i partiti sono espressione della società civile ed allora andiamo a vedere questa società civile, certo, anche la società civile sudtirolese, e cosa vediamo? Vediamo che i sindacati, al di là delle contrapposizioni e delle distinzioni, sono sempre più presenti, si muovono, si mobilitano; un sindacalista è presente anche in Consiglio provinciale, e non è un mistero per nessuno che la tanto pertinacemente indicata come sindacato comunista — e non è vero — CGIL abbraccia ormai migliaia e migliaia di lavoratori di lingua tedesca ed ha quadri qualificatissimi di lingua tedesca. Noi vediamo anche che il gruppo della Südtiroler Volkspartei non è più — scusatemi il termine, ma mi riferisco al periodo della rivoluzione francese — la "palude," che obbedisce al capo; è un gruppo articolato dove sono presenti diverse non solo sfumature, ma posizioni politiche profondamente divergenti, c'è insomma, per dirla rapidamente, una articolazione politica nuova. Non c'è più la contrapposizione che c'era nel passato, idee nuove, volontà di distinzione, volontà di vita autonoma, di scelte autonome che vengono avanti dappertutto e soprat-

tutto all'interno del gruppo di lingua tedesca. Dico: soprattutto da un punto di vista quantitativo per il fatto obiettivo che due terzi della popolazione della nostra provincia è di lingua tedesca. E come meravigliarsi allora se un partito nazionale, il secondo partito del nostro Paese, che da anni è impegnato per una scelta antinazionalista, per una presenza democratica tra i lavoratori di lingua tedesca, oggi faccia la scelta di portare in Consiglio provinciale un consigliere di lingua tedesca? C'è da meravigliarsi del fatto che siamo arrivati troppo tardi. E' un fatto normale, naturale che ci sia un consigliere sudtirolese di lingua tedesca in Consiglio provinciale.

Noi riteniamo, quindi, proprio alla luce di questa situazione politica nuova, che questo criterio della proporzionale etnica agganciato ai consiglieri debba essere modificato, perché questo criterio oggi costituisce una pesante ipoteca sulla normalità della vita politica in Alto Adige. Bisogna ricondurre la proporzionale etnica alla popolazione, al censimento, come strumento tecnico, cioè bisogna ricondurre la proporzionale etnica ovunque alla sua funzione originaria, giuridica e politica. E qual'è questa funzione originaria giuridica e politica? E' quella di riparare i torti ingiustamente subiti per l'oppressione fascista dalla popolazione sudtirolese ed è quella di contribuire a garantire un equilibrio fra i diversi gruppi etnici a far permanere questo equilibrio nel tempo. E' evidente che non ci possono essere due criteri di proporzionale etnica: uno vigente per lo Stato, il parastato, rapportato in sostanza alla popolazione, e l'altro vigente per la Provincia rapportato al numero dei consiglieri. Questo fattore di anormalità va liquidato al più presto, perché è un fattore che mantiene, irrigidisce, alimenta la contrapposizione etnica; è un fattore questo che alimenta il nazionalismo, fattore che rende anormale la vita politica e civile nella nostra provincia, fondata certo ora e per lungo periodo storico, per molto tempo, sulla distinzione tra i gruppi etnici, distinzione anche profonda. Lo possiamo e lo dobbiamo ammettere se guardiamo la realtà storica così come essa è. La distinzione tra i gruppi etnici non può essere l'unico elemento caratterizzante della situazione politica e civile nella nostra provincia. La situazione in Alto Adige, non può essere solo caratterizzata dal fattore etnico e linguistico. Noi respingiamo questa visione della rigida, eterna distinzione tra i gruppi etnici e tra i singoli all'interno della società sudtirolese con assoluta intransigenza, e lo possiamo fare oggi e lo abbiamo fatto anche nel passato con tanta forza. Voi lo sapete, noi abbiamo respinto e respingiamo ogni forma di nazionalismo, perché non solo abbiamo accettato, come accettiamo ora, ma lottato ed oggi lottiamo ancora per la piena, rapida applicazio-

ne della proporzionale etnica nel suo giusto significato storico, politico e giuridico, come strumento di riparazione, nel rispetto ben inteso dei diritti acquisiti e dell'esigenza di funzionamento degli uffici. Ma noi non possiamo accettare e non accetteremo mai una concezione nazionalistica ed al limite — scusatemi il termine — razzistica, che un cittadino sudtirolese di lingua tedesca si identifichi sempre, solo, unicamente e soltanto in questa sua caratteristica, così come noi neghiamo assolutamente che un cittadino italiano in Alto Adige possa essere solo, sempre e soltanto cittadino italiano senza altra qualifica. I cittadini di lingua italiana e di lingua tedesca, oltre ad essere tali, ad avere diritto e — noi diciamo — anche il dovere di essere fedeli alla propria terra e fedeli alla propria patria, hanno il diritto, come accade in ogni angolo della terra, di avere la propria concezione del mondo, la propria concezione dei rapporti dell'uomo verso gli altri uomini, verso la società, verso la natura. Del resto in Sudtirolo, è innegabile, nell'ambito del gruppo di lingua tedesca come ovunque ci sono ricchi, poveri, operai, padroni, contadini, grandi e piccoli; ci sono cattolici moderati, ci sono i bigotti, i laici, i liberali, gli anticlericali; c'è di tutto. Da questi sono venuti fuori più partiti. Non c'è da stupirsi se il socialismo che governa un terzo del mondo si faccia vivo anche all'interno del gruppo di lingua tedesca, anche in Alto Adige.

Noi riteniamo che il diritto di elettorato passivo ed attivo, come espressione di questo essere dell'uomo anche qui nella nostra provincia, non può trovare limite di sorta. Ad esempio: il cittadino iscritto al Partito Comunista Italiano o l'elettore di lingua italiana del Partito Comunista, — ma domani la cosa può accadere per qualsiasi altro partito — non può e non deve avere alcuna remora a votare, a far eleggere il candidato che preferisce, anche di lingua tedesca. Nessuna remora, dicevo, nessuna paura domani di avere minori possibilità per lui o per qualche componente della sua famiglia di accedere al pubblico impiego nella provincia. Non può esistere uno strumento esterno di coercizione, di condizionamento della scelta politica sovrana che si manifesta nel voto. E noi diciamo questo, perché sappiamo che in campagna elettorale ci sono state pressioni anche in questo senso, pressioni certo deteriori, di carattere sub-politico, diretti a condizionare, facendo leva sui bisogni fondamentali dell'uomo, la scelta del voto condizionando la normale dialettica e polemica elettorale. Inoltre il candidato sudtirolese che si presenta in un partito nazionale non può e non deve avere nessuna remora, nessun condizionamento ad essere eletto. Questo chiamiamolo mescolamento, delle carte, per quanto riguarda l'elettorato, già si verifica e si è verificato a favore della

Südtiroler Volkspartei in certe zone della nostra provincia. Noi sappiamo ad es., specialmente nell'Unterland, che parte della popolazione di lingua italiana vota per la Südtiroler Volkspartei. Ci sono addirittura nella Südtiroler Volkspartei quadri dirigenti che sanno molto male il tedesco. Ne abbiamo incontrati a Bronzolo, nella zona dell'Unterland; si conoscono. Nessuno ha mai menato scandalo per questo fatto. Evidentemente non lo poteva fare la Volkspartei, perché questo fatto torna a suo vantaggio. Ma perché? Perché noi riteniamo che la scelta politica ideale, l'orientamento politico ideale deve prevalere sulla qualifica etnica. Il cittadino di lingua italiana o di lingua tedesca o di lingua ladina deve essere assolutamente libero di scegliere, al di là dei raggruppamenti storicamente qualificatisi come puramente linguistici o etnici, deve essere assolutamente libero di scegliere questo o quel partito a seconda dei programmi, delle ideologie che questo partito porta avanti, cerca di realizzare, anche nella nostra società.

Se questo è il problema, se il problema cioè consiste nel garantire nella nostra provincia la normale dialettica ideale e politica, io non posso non giudicare a dir poco sorprendenti le dichiarazioni del segretario della Democrazia Cristiana, rese nella penultima seduta in questo Consiglio. Se il numero — è stato detto, ma se interpreto male accetto ogni correzione — degli Assessorati — avevamo fatto una critica sulla proliferazione degli Assessorati — è aumentato, questo è colpa o è anche colpa del P.C.I., che facendo eleggere un consigliere di lingua tedesca prevalentemente coi voti dell'elettorato di lingua italiana ha spostato quel tal famoso equilibrio per cui c'è stata l'esigenza di rincarare la dose anche degli Assessori per soddisfare le esigenze del gruppo di lingua italiana. Noi, che abbiamo una certa dose di realismo, non neghiamo che, come chi parla, anche il collega Stecher sia stato eletto da un gran numero di elettori di lingua italiana, anche se — tengo a precisarlo — ci sono dati certi che ci fanno eloquentemente capire come il voto di lingua tedesca per il PCI-KPI non sia stato di troppo trascurabile misura, anzi che abbia avuto un suo peso importante. Ma non intendo addentrarmi in questa disquisizione; intendo porre il quesito: è un fatto negativo che una parte non trascurabile dell'elettorato di lingua italiana voti con chiarezza e faccia eleggere un candidato di lingua tedesca? O non è questo, forse, come io credo e noi crediamo e penso noi tutti dobbiamo abituarci a credere, un fatto di enorme importanza politica, un fatto di cui, senza retorica, lasciatemelo dire, noi possiamo andar fieri, perché indica la maturità politica, morale del nostro partito? E' una dimostrazione di civiltà, è una dimostrazione

come, nei fatti, i lavoratori respingono il nazionalismo, che nei fatti dimostrino la possibilità e la realizzabilità dell'unità, della fratellanza della popolazione dei diversi gruppi etnici, nella nostra provincia. Noi abbiamo, per ora, l'esclusiva, sul piano politico, di questa scelta, scelta che ancora qualcuno, prima delle elezioni, ci diceva fosse una scelta arrischiata, una scelta in cui l'elettorato non ci avrebbe seguito. Noi abbiamo, per ora, ma speriamo di non essere i soli, l'esclusiva sul piano politico. Sappiamo però e lo rimarchiamo come un fatto di grande importanza, che a muoverci su questa via dell'unità, del dialogo comune tra i lavoratori, tra il popolo di lingua italiana e di lingua tedesca, non siamo soli. Noi guardiamo con attenzione e con soddisfazione anche, quanto si sviluppa all'interno delle organizzazioni della Chiesa, dei lavoratori cattolici. Sappiamo come tra ACLI e KVV ci siano momenti di contatto, di convergenza, di elaborazione comune; sappiamo cosa è stato il Sinodo diocesano, al di là dei suoi risultati concreti. Ma certamente esso ha rappresentato un momento di incontro importante, nell'ambito del mondo cattolico, tra chi parla due lingue diverse, tra chi ha origini diverse, per cultura, per storia, per tradizioni ecc., e noi riteniamo, nell'ambito dell'autonomia di ogni organizzazione politica, sociale o ecclesiastica, che questa sia la via maestra da seguire per portare avanti una profonda trasformazione sociale, politica e culturale nella nostra provincia.

Allora, se questa è la scelta di fondo dei democratici della nostra provincia, una scelta, nei fatti, anti-nazionalistica, una scelta, nei fatti, unitaria, se questa è una scelta necessaria per portare la normalità nella nostra provincia, noi non possiamo non giudicare come molto grave sia l'atteggiamento della Südtiroler Volkspartei su questo problema, sia il cedimento che su questo problema hanno avuto i partiti che preferisco dire "nazionali", piuttosto che italiani, i partiti cioè che operano nell'ambito nazionale. E' stato ed è un cedimento, questo, su una questione di principio, di fondo, un cedimento che non è surrogabile con l'ampliamento di qualche stanza per qualche Assessorato, che non è surrogabile con nessun Assessorato, che non è surrogabile con nessun'altra concessione, perché questo è un problema di fondo su cui occorre misurarsi e che occorre portare avanti con coerenza.

E qui non posso non fare una critica a quelle forze più avanzate che oggi siedono in Giunta. La critica alla Democrazia Cristiana dirci che è scontata, ma devo fare la critica ai compagni socialisti, anche perché, probabilmente, la nostra posizione su questi problemi della loro partecipazione in Giunta è stata fraintesa. Noi non abbiamo mai sostenuto l'esigen-

za di una presenza socialista in Giunta e noi giudichiamo questa presenza socialista in Giunta non positiva; la giudichiamo una presenza negativa. Spero che con ciò nessun equivoco sorga più su questo punto. E' una presenza non positiva, perché non coglie, al di là di quello che si può fare dentro o fuori la Giunta, perché non riflette quel profondo mutamento politico, culturale, ideale, di cui sono espressione anche i rapporti di forza qui sui banchi del Consiglio, che è in atto all'interno del gruppo di lingua tedesca.

Noi criticiamo l'atteggiamento della Südtiroler Volkspartei come un atteggiamento suggerito da pura logica di potere, da pura logica di blocco di gruppo etnico contro un altro gruppo etnico; come una scelta che tende a bloccare l'articolazione politica, ideale, culturale, all'interno del gruppo di lingua tedesca. Questa proporzionale per la Giunta, per il Consiglio, per il personale non ha nulla a che fare con gli scopi politici, giuridici, reali della proporzionale etnica. Se si vuol mantenere questa proporzionale, questo è un arbitrio ed è — lo possiamo dire chiaramente — illegittimo sul piano costituzionale.

Portando avanti questa battaglia con assoluta intransigenza, noi riteniamo — e oggi si può dirlo a chiara voce, vista l'articolazione politica, la forte presenza dell'opposizione sudtirolese in questi banchi, — che una cosa sono gli interessi della popolazione sudtirolese ed un'altra cosa sono gli interessi della Südtiroler Volkspartei. Ieri affermare una cosa simile poteva apparire non rispondente alla realtà; oggi è una realtà, mi sembra, evidente e lampante per tutti.

Ma aver accettato questa imposizione della Südtiroler Volkspartei, imposizione a quanto sembra voluta dal partito — il gruppo che trattava sembrava essere più disponibile ad una soluzione ragionevole —, non esime da pesanti responsabilità i cosiddetti partiti "italiani", o "nazionali", perché questa posizione è il frutto di una pratica politica durata lustri, da sempre, da subito dopo la guerra, una pratica politica accettata ed alimentata anche dalla Democrazia Cristiana, come gestione del potere concepita sulla base della divisione etnica: a te Volkspartei il monopolio sul gruppo di lingua tedesca, a me Democrazia Cristiana il monopolio sulla popolazione di lingua italiana, e agli altri — perdonatemi il termine — le briciole, se briciole ci sono. E' questo il meccanismo che oggi pesa, ed è questo meccanismo che oggi non dico sia entrato in crisi, perché non sarebbe esatto, ma che comincia a scricchiolare; è questo meccanismo che oggi non è più adeguato ai tempi nuovi, alle spinte nuove, agli interessi nuovi della popolazione di lingua tedesca e della popola-

zione di lingua italiana. Non ci si può muovere su questo terreno della proporzionale etnica soltanto sulla base della preoccupazione per i posti; non è questa logica la logica vincente; non è questa la logica del baratto, della divisione del sottogoverno. E' una logica che non paga di fronte ai processi storici profondi e reali che vengono avanti.

Fatti nuovi, fatti importanti: è su questo che noi invitiamo i partiti di Giunta — e la Giunta — a misurarsi e adeguare le loro scelte politiche sui concreti punti programmatici di cui ha parlato esaurientemente il collega Stecher. Fatti nuovi, esigenze nuove. Esiste un comitato di contatto tra Nord- e Sudtirolo, tra i partiti di lingua tedesca. Oggi bussano alla porta di questo comitato di contatto non più solo chi aveva le chiavi del passato, ma bussano alla porta altre forze: S.P.S., S.F.P. Abbiamo bussato alla porta anche noi, certo. Pensiamo di aver bussato alla porta con pieno diritto. Soltanto che sino adesso il padrone di casa più importante non ci ha ancora aperto l'uscio. Noi speriamo che quanto meno apra l'uscio, che non apra l'uscio però per dire che non è in casa, come talvolta avviene; che apra l'uscio per dire che cosa pensa, perché rispondere a questa domanda non è solo un fatto del momento; rispondere a questa domanda, che è una domanda di tutti gli altri partiti, delle altre forze di opposizione sudtirolese in Alto Adige, significa rispondere ai tempi nuovi che vengono avanti, ai tempi nuovi che come a qualcuno appaiono carichi di speranza, ad altri appaiono stravolgenti, pieni di nubi oscure, pieni di chissà quali ipoteche per il futuro. Ma io penso che su questi gravi problemi l'atteggiamento migliore per chi è ancora tanto forte nella provincia — la cui forza però non è destinata a perdurare in questa misura in eterno, perché le contraddizioni sociali, politiche e culturali sono sempre più presenti, sempre più acute — penso che l'atteggiamento più lungimirante nell'interesse della popolazione nel suo complesso sia quello di prendere atto di questa realtà nuova, perché le esigenze che bussano alla porta sono reali e insopprimibili. Signori, la porta della storia prima o poi non dipende da chi ci sta dietro, ma dipende dalle forze che nel senso della storia e delle esigenze della collettività spingono e si muovono.

NICOLODI (P.S.I.): Signor Presidente, egregi colleghi, ho ascoltato con molta attenzione gli interventi dei colleghi che sono all'opposizione e, al di là del discorso fatto adesso molto interessante, del collega Gouthier, sul quale mi soffermerò più tardi, i discorsi si sono accentrati soprattutto sul contenuto del programma presentato dal Presidente della Giunta. Io non entro nel merito ad analizzare questo programma — eventualmente lo farà il collega Sfon-

drini se ve ne sarà l'opportunità —, ma desidero fare brevemente qualche constatazione. Si dice che è un programma molto generaco, ma poi si ammette che vi sono alcuni punti qualificanti e che se saranno portati avanti questo programma potrà anche dare i suoi frutti. Io dico che questo programma è simile a tutti quelli che vengono presentati in qualsiasi consesso legislativo, sia nazionale che internazionale. Anche — collega Gouthier — il compagno Kruscov presentava al Soviet supremo dei programmi, che poi non sono stati realizzati, ed è stato "silurato,,.

GOUTHIER (Segretario — P.C.I.): Ma qui non è stato "silurato,, nessuno; sono sempre gli stessi!

NICOLODI (P.S.I.): E' la realtà delle cose e la volontà politica che porta a realizzare questi programmi; quindi questi valgono per quello che valgono se poi non vi è la volontà politica e l'impegno politico di attuarli. Questo sarà il nostro impegno con la nostra presenza in Giunta come Partito Socialista Italiano per verificarne giorno per giorno, mese per mese l'attuazione traendone le dovute conclusioni.

E' stato detto anche che questo programma non contiene degli impegni finanziari ben precisi. Per la verità questo è vero: l'unico impegno finanziario per il 1974 è quello che si riferisce all'edilizia popolare. D'altra parte i partiti che hanno discusso, forse troppo lungamente discusso, ed elaborato questo programma non potevano impegnarsi in cifre, in quanto, come loro signori consiglieri sanno, la norma di attuazione circa la quota variabile che spetta alla nostra Provincia — non è una quota indifferente — non è ancora stata definita. Non sappiamo nemmeno quale sarà l'importo che ci verrà attribuito per il 1974; tanto meno possiamo oggi valutare quelli che saranno gli importi per la durata di tutta la legislatura.

La nostra presenza in Giunta è stata criticata dal collega Gouthier. Allora dico che la nostra presenza in Giunta va al di là dei contenuti programmatici; ha soprattutto un senso politico, perché oggi ci troviamo, direi, quasi all'anno zero dell'autonomia della nostra Provincia. Nei prossimi tre o quattro mesi — speriamo — dovranno essere emanate tutte le rimanenti norme di attuazione, quindi l'attuazione pratica legislativa ed amministrativa di queste competenze sarà affidata completamente alla Provincia ed al Consiglio provinciale. Riteniamo che la nostra presenza politica in Giunta sia una presenza che rappresenta la classe lavoratrice della nostra provincia.

Collega Erschbaumer, Lei ha detto che in questa

Giunta non vi è nessun rappresentante dei lavoratori; ebbene, noi, senza falsa modestia, diciamo che siamo in questa Giunta quali rappresentanti dei lavoratori. Se invece Lei intendeva dire che non c'è nessun sindacalista, io dico non nell'interesse dei politici, ma nell'interesse dei sindacati è meglio che essi non siedano sui banchi della Giunta, come è meglio che non siedano sui banchi del governo, perché la funzione del sindacato è una funzione autonoma nei confronti della gestione politica, e quest'ultima è autonoma nei confronti dei sindacati. La rappresentanza dei lavoratori, comunque, in questa Giunta c'è.

Abbiamo avuto durante tutte queste trattative una preoccupazione enorme, che cioè vi potesse essere — era latente — la decisione da parte dei partiti cosiddetti di lingua italiana — anche nel nostro partito abbiamo numerosi iscritti di lingua tedesca — dei partiti nazionali, per formare, come era doveroso in tal caso che si formasse, una Giunta rappresentata soltanto dalla Südt. Volkspartei. Ecco che allora si sarebbe tornati ai cosiddetti "anni bui,, , di cui ha parlato ieri il collega Jenny, degli anni sessanta. Noi abbiamo sempre condannato l'assenza della Südtiroler Volkspartei dalla Giunta regionale negli anni '59 fino agli anni '70. Abbiamo sempre operato e portato avanti una battaglia affinché la Südtiroler Volkspartei tornasse ad assumere dirette responsabilità in Regione. Vi era una preoccupazione enorme di arrivare a queste conclusioni.

Sarebbe stata una iattura ancora maggiore, che non abbiamo mai accettato, così come non abbiamo accettato nel 1969 di partecipare ad una Giunta soltanto per diritto etnico. Il Partito Socialista Italiano a queste Giunte non ha mai partecipato, a queste Giunte non parteciperà mai.

E se abbiamo assunto queste responsabilità in questo momento, che non sono facili, leggere, le abbiamo assunte perché conosciamo molto bene la situazione politica a livello nazionale ed a livello locale. Se oggi noi ci troviamo al Governo nazionale non è perché la situazione è florida, perché si può spendere e spandere come vogliamo, ma ci troviamo al Governo nazionale perché vi è una situazione molto difficile e siccome siamo convinti di essere un partito che garantisce la democrazia e le istituzioni nel nostro Paese, per questo motivo abbiamo assunto responsabilità governative e per questo motivo ci assumiamo anche oggi a livello provinciale responsabilità di Giunta. Questo lo facciamo per garantire la democrazia, per far fare un passo avanti alla democrazia, per operare a favore dello sviluppo economico e sociale delle nostre popolazioni. Oggi, in un momento in cui le istituzioni anche a livello nazionale stanno attraversando un periodo molto deli-

cato, la nostra presenza ha il suo valore. Non abbiamo fatto una spartizione di potere o di "sedie", in base ai gruppi linguistici, ma abbiamo chiesto che la nostra presenza in Giunta abbia quel peso politico che il Partito Socialista Italiano rappresenta sia a livello locale, che a livello nazionale, per il contributo che questo partito ha dato anche all'attuazione ed allo sviluppo di un'ampia autonomia per la nostra Provincia.

Avevamo un'altra preoccupazione, cioè quella che questa ampiezza della nuova autonomia, mancando la nostra presenza e la presenza eventuale anche dei colleghi della Democrazia Cristiana, potesse diventare soltanto strumento di potere di un solo partito e non un avanzamento, un'autonomia che torni di vantaggio alle popolazioni tutte che qui convivono e particolarmente alle popolazioni meno dotate economicamente.

Ecco, quindi, che possiamo affermare con coscienza tranquilla di aver assunto questo impegno di partecipare a questo Governo provinciale non per coprire posti di Giunta, non per altri motivi di sottogoverno, come è stato detto, ma per uno spirito veramente democratico, per garantire uno sviluppo sociale più avanzato alle nostre popolazioni.

D'altra parte nel nostro Consiglio non esistono altre alternative, se è vero come è vero che lo stesso segretario nazionale del Partito Comunista Italiano ha proposto alla fine del 1973 il famoso "compromesso storico", cioè quell'avance verso il mondo cattolico, verso la Democrazia Cristiana in particolare che noi avevamo già proposto nel nostro congresso del 1953 a Torino e portato avanti faticosamente con delle battute di arresto, come del resto succede nella vita politica. Se il compromesso storico significava che nemmeno con il 51% dei partiti di sinistra era possibile governare il nostro Paese, tanto meno qui nella nostra Provincia, dove non c'è nemmeno il 30% delle forze di sinistra, era possibile porsi come alternativa ad altre forze in questo Consiglio.

Non so quanto potrà durare la nostra presenza in questa Giunta. Io mi auguro che quanto è stato concordato ed anche ciò che non è stato concordato, ma che la realtà del Paese, la società stessa ci metterà di fronte, venga portato a compimento per la sua soluzione nello spirito sociale, democratico; quindi, mi auguro che questa nostra presenza in Giunta possa durare per tutta la legislatura. Però questa non è una garanzia che assumiamo come Partito Socialista Italiano di stare comunque in Giunta per tutta la legislatura: vi sarà una verifica continua che il partito farà e porterà avanti.

E adesso passo anch'io al problema della proporzionale. L'altro giorno c'è stato una piccola polemica

fra il collega Gouthier ed il collega Rella, quando quest'ultimo, rivolgendosi al primo, ha detto che era colpa del Partito Comunista Italiano l'alterazione della proporzionale al Consiglio. Personalmente non ho condiviso questa affermazione del collega Rella e non la condivido, ma anche la risposta data dal collega Gouthier non corrispondeva a verità. Non è che noi, modificando la proporzionale riferita al censimento, possiamo modificare la composizione della Giunta, perché l'art. 50 dello Statuto, che è stato approvato anche dai comunisti in Parlamento, dice che la Giunta deve rispecchiare la consistenza dei gruppi linguistici così come sono in Consiglio provinciale. Quindi, al limite potremmo avere anche una Giunta, se i nostri partiti nazionali avessero eletto tutti candidati di lingua tedesca, tutta di lingua tedesca. Il problema è un'altro, il problema è quello dei riflessi esterni, non di quelli interni. Arrivo anche a dire che il mio partito non ne fa una battaglia circa l'agganciamento al censimento per i 29,4 posti su ogni 1000 dipendenti che la presenza in Consiglio di un consigliere in più o in meno di lingua italiana o di lingua tedesca può determinare nello spostamento a favore di un gruppo o dell'altro, ma è un problema di principio, come affermava Lei, consigliere Gouthier, poco fa. Anche l'agganciamento al censimento, anche se noi siamo stati i primi a lanciare questa linea politica e questa impostazione di agganciamento al censimento, può avere dei riflessi negativi per l'uno e per l'altro gruppo, ma comunque possano essere i riflessi, noi per una ragione di principio siamo per l'agganciamento al censimento e non soltanto per lo spostamento di 30 o 40 dipendenti a favore dell'uno o dell'altro gruppo. Se lo sviluppo di un gruppo o dell'altro nella nostra provincia dovesse dipendere dallo spostamento di 30 o 40 dipendenti a livello provinciale, allora potremmo chiudere bottega, perché allora veramente saremmo sotto zero dal punto di vista economico e sociale.

Non è per fare il primo della classe che rivendico anche al mio partito l'iniziativa, non a questo livello, ma a livello comunale, di avere diversi consiglieri comunali di lingua tedesca. Non ci siamo mai posti il problema che questo possa influire in qualche modo. Forse siamo stati tra i primi ad avere consiglieri comunali di lingua tedesca.

Per quanto riguarda il riflesso dell'agganciamento al censimento, sul piano prettamente pratico si riferisce solo ai dipendenti della Provincia, in quanto per gli altri settori: culturali, sociali, assistenziali ecc., vi è l'art. 15 dello Statuto, che è molto chiaro, e che parla di consistenza dei gruppi linguistici corretto con il fabbisogno ecc. La legge che opera in questo settore è quella provinciale emanata nel 1959, quando allora non c'era nessuna possibilità di ag-

gancio a qualche cosa di diverso che non fosse la composizione del Consiglio provinciale, che peraltro rispecchiava grosso modo anche la proporzionale effettiva dei gruppi linguistici, dato che non esisteva né un censimento, né nello Statuto un richiamo al censimento. E' solo nel nuovo Statuto che all'art. 89 ci si riferisce al censimento. Quando è stato fatto lo Statuto nel 1948 non era prevista nel censimento la dichiarazione di appartenenza al gruppo linguistico. Caso mai è quella legge che va modificata.

Il collega Gouthier ha detto che noi abbiamo ceduto, che non siamo stati capaci di far passare questa richiesta, che era una richiesta di principio ecc. Sì, siamo d'accordo, abbiamo avuto anche noi grosse perplessità, alle quali ho accennato prima. Quali mezzi ci sono? Ci potrebbe essere quello del ricorso alla Corte Costituzionale, agganciandosi al nuovo Statuto, che prevede per gli statali l'aggancio al censimento. Potrebbe essere anche questa una soluzione, però personalmente, anzi a nome del mio partito preferisco trovare a livello politico la soluzione piuttosto che ricorrere a strumenti giuridici. Forse siamo degli illusi, ma non dubito che si possa trovare questa soluzione. Ci batteremo per questo agganciamento al censimento, perché — come dicevo prima — noi ne facciamo una questione di fondo, di principio per la libertà ideologica, politica di qualsiasi cittadino al di fuori e al di sopra dell'appartenenza a qualsiasi gruppo linguistico. Ci siamo battuti da anni per riconoscere tutti i diritti dei gruppi linguistici conviventi nella nostra provincia ed in particolare del gruppo linguistico tedesco. Credo che non siamo stati ultimi a nessuno per la battaglia che abbiamo fatto da dieci, quindici anni a questa parte, affinché questi diritti vengano riconosciuti, perché ad ognuno sia data la garanzia di poter rimanere e continuare a mantenere i propri costumi, le proprie tradizioni, a mantenere le proprie origini, la propria lingua. Però sulla libertà di scelta ideologica e politica siamo altrettanto intransigenti e su questo ci batteremo fino a raggiungere possibilmente questo fine.

Infine, non posso lasciar passare senza commento la dichiarazione suppletiva fatta dal Presidente della Giunta provinciale. Devo dire subito che per me è stata una sorpresa, perché non era stata concordata a livello di delegazioni. Se una simile dichiarazione fosse stata fatta dal capogruppo dell'S.V.P. non mi avrebbe così meravigliato; sarebbe stata anche corretta se il capogruppo l'avesse fatta a nome del suo partito. Con ciò non nego il diritto al Presidente della Giunta di farla, però liberi anche noi rappresentanti in Giunta, ma non della Südtiroler Volkspartei, di farne l'uso che crediamo più opportuno. Questo per quanto riguarda la forma.

Nella sostanza, non ho capito a chi questa dichiarazione era indirizzata: al Consiglio provinciale, ai membri della Commissione dei 6? Signor Presidente della Giunta, se era indirizzata ai membri della Commissione dei 6, in questo Consiglio sono l'unico designato dal Consiglio provinciale nella Commissione dei 6. Il collega Benedikter è stato designato dal Consiglio regionale. Quindi, me lo avrebbe potuto anche dire personalmente. E' un dibattito che vuole fare all'interno del Consiglio provinciale su questo problema? Allora, Signor Presidente, si metta prima d'accordo all'interno del suo partito, perché non vorrei che si ripetesse un'altra volta la scena — non so se chiamarla ridicola o tragica — a livello di Commissione, che a Roma non si deve sapere quello che viene fatto a Bolzano, per cui quello che si concorda a Bolzano a Roma non vale. Allora il dibattito qui dentro non avrebbe nessun valore perché dopo ci troveremmo di fronte a questo ostacolo che diventa poi insormontabile. Ecco perché capisco a chi era indirizzata questa nota aggiuntiva.

In questo momento, per riferirmi ancora al merito della questione — parlo come membro della Commissione dei 6, ma anche come Partito Socialista Italiano — non mi posso assumere e non mi assumo la responsabilità di rispondere di sì, cioè che la norma sarà tale che in 15 anni sarà attuata la proporzionale etnica negli impieghi statali e parastatali. Può darsi che venga attuata anche in 12 anni se troviamo le formule, i modi, se vi saranno degli esodi massicci, come ci saranno in quest'anno e nel prossimo anno in base alla legge 336, ma accettare tutto in 15 anni, per quanto mi riguarda e per quanto riguarda il mio partito, non lo possiamo fare. D'altra parte è vero che attualmente la stragrande maggioranza degli impiegati statali e parastatali appartengono al gruppo linguistico italiano, ma è anche vero — questo va a vostro merito, va a merito del gruppo linguistico tedesco — che in questi 20 o 30 anni dalla fine della guerra o, se vogliamo essere più precisi, 28 anni dall'Accordo De Gasperi-Gruber di Parigi avete dovuto creare una classe insegnante, una classe amministrativa per la Provincia, per gli enti locali, e che non eravate in grado con il massimo sforzo di avere una classe amministrativa per l'apparato statale. Ora sì, ora siete in grado, lo potete fare. Quindi, credo che la soluzione si possa trovare senza fissare termini così categorici, così precisi.

Per quanto riguarda quelli venuti dopo il 20 gennaio 1972, signor Presidente della Giunta, signori della Volkspartei, permettetemi di ricordarvi che questo fenomeno è avvenuto quando voi avete tranquillamente, con i vostri due voti al Senato, sostenuto il Governo Andreotti. Quindi, rivolgetevi all'on. Andreotti, che ha permesso in quel periodo, quando

i vostri due voti erano determinanti, perché il ministro Gioia era ministro delle Poste al tempo del Governo Andreotti, di inviare quella gente ai Telefoni di Stato. Ripeto, questo è avvenuto durante il Governo Andreotti, che era sostenuto con i vostri due voti. Non dovete adesso caricare tutto su questi poveri politici locali di trovare la soluzione, quando voi a quell'epoca non vi siete mossi sufficientemente. Bastava a quell'epoca ritirare la fiducia al Governo Andreotti.

Per quanto riguarda la misura 118, il mio partito ha votato quella legge-voto, firmata dal mio capogruppo della passata legislatura, Raffaelli, e quindi ne conosciamo il contenuto e non smentiamo le firme di quella legge-voto votata nel gennaio 1970 in Consiglio regionale, mentre noi nel Comitato dei 9 stavamo elaborando il nuovo Statuto di autonomia. Certo è che lo spirito di quella legge-voto era di fare una pressione sul Comitato dei 9, non tanto sui rappresentanti locali, ma soprattutto su quelli dello Stato, affinché si tenesse conto di certe prerogative della Regione prima e della Provincia adesso. Credo che l'art. 12 e l'art. 13 dello Statuto abbiano dato soddisfazione in questo senso, e quindi quella legge-voto è servita a far inserire nello Statuto gli artt. 12 e 13, che riguardano questa materia dell'energia elettrica. Ed anche qui devo dire una cosa: chi ha difeso in Parlamento questa posizione, cioè l'art. 13? E' stato un socialista, l'on. Ballardini, che era relatore di maggioranza, il quale ha fatto sì che venissero respinti tutti gli emendamenti che erano stati presentati da varie forze politiche contro l'art. 13 dello Statuto. Non credo che ci siano stati altri parlamentari a fare questa difesa ad oltranza, affinché l'art. 13, così come formulato dal Comitato dei 9, passasse in doppia lettura in Parlamento, respingendo — ripeto — tutti gli emendamenti presentati dalle altre forze politiche. Ecco, quindi, che abbiamo le carte in regola anche su questo punto. Non potete dire che il Partito Socialista non abbia dato un contributo sostanziale alla soluzione anche di questo problema.

Noi oggi non prendiamo una posizione, né pro né contro il contenuto della dichiarazione aggiuntiva del Presidente della Giunta; diciamo soltanto che ci comporteremo con quella apertura che, credo ci sia riconosciuta, abbiamo sempre avuto in materia di autonomia, di ampliamento delle competenze a favore delle nostre popolazioni. La nostra preoccupazione è anche quella di non esasperare la situazione nei confronti della nazionalizzazione dell'energia

elettrica. Teniamo presente che forse oggi non subiremo nessun danno, anche se dovessimo arrivare ad una rottura con l'ENEL, ma può darsi che fra qualche anno questa rottura, se si dovesse arrivare ad una rottura pur di trovare una soluzione, potremo anche pagarla. Quindi, anche qui siamo aperti ad una discussione, ad una soluzione, ma senza imposizioni.

Fatte queste precisazioni non solo a titolo personale, ma a nome del Partito Socialista Italiano, che ho l'onore qui di rappresentare, credo che questo partito abbia tutte le carte in regola per poter fare un discorso chiaro, netto, per il contributo che ha dato alla soluzione dei problemi altoatesini, per l'impegno che ha sempre messo in questa azione a tutti i livelli, locale e nazionale, per raggiungere questa ampia autonomia, un'autonomia delle popolazioni non dei partiti o di un partito, e che sia un'autonomia che aiuti a portare avanti lo sviluppo economico e sociale nella nostra provincia. Per quanto mi riguarda personalmente, per l'incarico che ho nella Commissione dei 6 e dei 12, continuerò come in passato e con lo stesso spirito e con lo stesso intento a dare il mio contributo per trovare soluzioni giuridiche le più idonee e adeguate all'interesse della nostra popolazione senza distinzione di gruppi. Sarò vigili, perché al di là delle soluzioni giuridiche, che possono essere anche le più perfette, vi sia a questo livello una volontà politica di tradurre queste competenze in benefici per tutta la nostra popolazione.

Sul piano politico, il rifiuto all'agganciamento alla proporzionale per quanto riguarda la legge sul personale è stato per noi una battuta d'arresto; non la consideriamo una guerra persa, ma soltanto una battaglia momentaneamente persa. Se ci sarà, come io mi auguro, la volontà politica di superare questa battuta di arresto, credo che se tutti saremo impegnati avremo davanti a noi la possibilità di operare effettivamente per consolidare la pacifica convivenza, che in questi ultimi anni è progredita, per consolidare sempre più lo sviluppo, l'avanzamento delle nostre popolazioni ed in particolar modo delle classi lavoratrici.

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist geschlossen und wird auf Mittwoch, den 27. März 1974, um 9.30 Uhr, vertagt.

ORE 18.25 UHR